

**Rede von Wilfried Klein,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn,
zur Verabschiedung des Haushalts 2011/2012
am 14. Juli 2011**

Bonn in der *schwarz-grünen* Vergeblichkeitsfalle

**Kein *Mut*, keine *Vision* –
Buchhaltung statt *Politik* für Bonn**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Bonnerinnen und Bonner,

Illusionen statt Visionen
Buchhaltung statt Politik
Panikattacken statt kühlem Kopf

auf diese Gegensätze möchte ich das zusammenfassen, was CDU und Grüne in dieser Saison Haushaltsberatungen in Bonn genannt haben.

Sie geben sich der Illusion hin, mit ihrer Austeritätspolitik den kommunalen Haushalt nachhaltig sanieren zu können und verzichten dabei völlig darauf, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an einer Vision für unsere Stadt zu arbeiten.

Sie verlieren sich bei ihren Haushaltsberatungen in kleinlichen und sicher akribisch zusammengestellten Zahlenkolonnen und Instrumentendebatten, die selbst in ihren Reihen nur noch wenige Eingeweihte verstehen und aufgrund der Darstellungsform auch nur von wenigen zu verarbeiten sind, statt gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und Rat über ihre Politik zu streiten.

Und sie reiten ab und an Panikattacken und beschwören den Nothaushalt als die Herrschaft des Lord Voldemort, beklagen die fehlende Eröffnungsbilanz als Verbrechen der Verwaltung gegenüber Rat und Bürgern, statt ruhig und besonnen und mit kühlem Kopf der kommunalen Realität zu begegnen.

Illusionen statt Visionen

Sie wollen keine Visionen für unsere Stadt entwickeln, sie wollen keine Politik mit kühlem Kopf entwickeln. Sie wollen einfach Recht haben und es allen zeigen – wir können das, und nur wir können das. Wir schaffen das, was Generationen vor uns nicht imstande waren zu lösen, was landauf-landab niemand hinbekommt und was insbesondere unsere Verwaltung nicht hinbekommt: Wir sanieren den Haushalt, wir zeigen allen wie es geht. Schwarz-Grün rettet Bonn vor dem Nothaushalt. Wo die Verwaltung zu blöd für war.

Glückwunsch, Bonn, soviel missionarischer Aufbruch war lange nicht mehr, soviel Selbstüberschätzung aber auch nicht. Wir halten ihren Weg nicht nur für falsch und vermessen, sondern auch für gefährlich. Sie stolpern – und mit Ihnen die ganze Stadt gleich mit – in die nächste Vergeblichkeitsfalle. Zu glauben, sie hätten den Stein der Weisen gefunden und könnten dem Rat, der Verwaltung, der Stadt und dem ganzen Land zeigen, wie „es“ geht, ist reichlich vermessen. Aber eben auch unverantwortlich, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern damit etwas vormachen. Kommunale Finanzen stehen seit über 30 Jahren unter Druck. Und seit über 30 Jahren ist klar – ohne durchgreifende Finanzreform wird das Problem nicht gelöst. Ohne durchgreifende Finanzreform werden wir immer wieder nur Sisyphus-Arbeit machen können. Und das sollte man mal zuallererst den Menschen auch sagen. Das ist keine Kapitulation, sondern Realismus. Und daher auch verantwortliche Politik. Sie nähren mit Ihrem Vorgehen im Übrigen das populistische Vorurteil, dass die Kommunen deshalb in der Schuldenfalle hocken, weil sie nicht mit Geld umgehen können, dass sie goldene Wasserhähne

verbauen. Damit können Sie an den Stammtischen bestehen, und vielleicht noch beim Bund der Steuerzahler. Aber nicht wirklich in der kommunalen Haushaltspolitik.

Zu dieser Illusion, die Sie in diesen Haushaltsberatungen aufgebaut haben, gehört auch die so genannte **Bürgerbeteiligung**. Sie wollten die Vollbefragung des OBs zu den Haushaltsberatungen nicht. Daher haben Sie Mittel und Wege gesucht und schließlich auch gefunden, um ein partizipatives Placebo zu installieren. Und das haben Sie dann „Bonn-packt's-an“ genannt. Der nüchterne Betrachter muss nach sechs Monaten sagen – außer Spesen nichts gewesen. Wenn Sie Bürgerbeteiligung nicht projektbezogen machen, die verschiedenen Partizipationshürden nicht beseitigen, werden diese Formen der Partizipation eine Illusion bleiben, eher zu mehr Frustration führen und zu einem Demokratieproblem werden.

Wie sehr Sie Illusionen an die Stelle von Visionen setzen, können Sie nicht zuletzt dem **Aufruf „Für Bonn“ vom 6. Mai 2011** entnehmen:

„Wir brauchen eine Initiative, die darauf zielt, das gesellschaftliche Leben in der Stadt gemeinsam aktiv anzupacken und zu gestalten.

Wir brauchen eine politische Kultur in dieser Stadt, die Probleme konstruktiv angehen und lösen lässt und dabei den Mut hat, Verantwortung zu übernehmen.

Wir brauchen gemeinsam den Mut, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Probleme dieser Stadt anzugehen!

Wir brauchen verantwortliches Handeln; Mut, zu einer Entscheidung zu kommen, die mehrheitsfähig ist; Mut, das Gespräch mit der unterlegenen Minderheit zu suchen und diese auf den weiteren Weg mitzunehmen; Mut zu einer Vision für Bonn – das bedeutet auch: Mut zur Risikobereitschaft.

Richten wir unseren Blick nach vorne für Bonn.“

Was Sie tun ist, mit einer gehörigen Portion Arroganz über all diese Anregungen und Kritiken hinwegzugehen und stattdessen zu verkünden: „Folgen Sie uns auf unserem Weg. Wir wissen wie es geht“. Sie stoßen alle die vor den Kopf, die sich wirklich beteiligen wollen. **Dialog und Transparenz – Fehlanzeige**. Ihre Reaktion auf diesen Aufruf von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaft war entsprechen abweisend – und rechthaberisch.

Dazu gehört ja auch, dass Sie **wichtige Entscheidungen in die Zukunft vertagen**. Alles, was Ihnen unpopulär erscheint, geben Sie an die Verwaltung zurück, die ein Konzept erstellen soll. Auch hier sind Visionen Fehlanzeige. Herr Fenninger betont, dass zwei Bäder und Stadtteilbibliotheken, z.B. in Dottendorf, geschlossen werden müssen; aber zunächst müsse ein Konzept her, dann, ja, dann werde entschieden. Wer's glaubt. Pure Illusionen statt Mut und Visionen.

Ein besonders schönes Beispiel ist ja Ihre Sportpolitik überhaupt. Sie wollen den Menschen weismachen, dass Sie die **Sportstättennutzungsgebühr** verhindern, indem Sie das Nutzungsentgelt einführen und verkaufen das den Menschen bzw. den Sportvereinen als Entlastung. Hier beschließen Sie sogar, ohne auf das in diesem Fall sogar sinnvolle Konzept zu warten. Das kommt Ihnen wahrscheinlich billiger – da können Sie den Sporttreibenden noch unverfrorener versuchen unterzujubeln, dass Sie es ja nur gut meinen; und wenn die Vereine ans zahlen kommen, war es mal wieder die Verwaltung. Verantwortung? Mut? Fehlanzeige. Übrigens – die Grünen waren ja schon immer für die Sportstättennutzungsge-

büher. Wieder so ein Fall, wo sie sich durchgesetzt haben und die CDU eingeknickt ist.

Dass es Ihnen an Visionen mangelt, kann man auch noch an einem anderen, wunderbaren Beispiel belegen. Seit Monaten steht diese, angeblich nur das Wohl unserer Stadt im Auge habende Ratsmehrheit einem **Kindergartenprojekt** der Universität auf der Bremse – und das nur, weil der Herr Beu das nicht will und weil die CDU keinen örtlichen Stadtverordneten hat und das Wohl der Universität dieser Koalition eh egal ist. Da wird die Schaffung von Kindergartenplätzen blockiert; da wird die Arbeit einer der wichtigsten Bonner Institutionen behindert. Und das alles nur aus eitler Profilierungssucht eines grünen Stadtverordneten. Und die einstmals stolze Bonner CDU tanzt nach dieser grünen Pfeife. Und das nicht nur hier.

Buchhaltung statt Politik

Sie haben das Problem, dass Sie der Verwaltung nichts, aber auch gar nichts glauben. Sie sind geradezu besessen von dem Gedanken, „es“ alles besser zu können als die Verwaltung. Und das ist doch genau das, was Ihnen, gerade Ihnen, die Personalversammlung unter tosendem Applaus der 2000 anwesenden Kolleginnen und Kollegen entgegengeschleudert hat – hören Sie auf, die **bessere Verwaltung sein zu wollen**, sondern erledigt euren politischen Auftrag:

„Rauft euch endlich im Rat zusammen, entwickelt eine Vision für Bonn, anstatt euch untereinander zu behaken und in Profilierungssucht die Verwaltung mit Anträgen und Anfragen zuzuschütten. Und das sage ich mal auch an dieser Stelle in die Richtung der Ratsmehrheit. Ein Vision für Bonn muss von Vertrauen getragen sein, dieses ständige Misstrauen gegenüber der Verwaltung, gegenüber den über 5000 Kolleginnen und Kollegen ist schädlich, ist destruktiv!“

Welche bunten – besser gesagt: kläglichen – Blüten das treibt, zeigt doch das Beispiel **Stadtarchiv**. Da haben Sie in Ihrer Buchhaltermentalität (Rechenergebnisse) Gelder nicht akzeptiert, die nötig sind, um Landesförderung zu beantragen. Da lassen Sie wegen 20.000 € noch einmal eine Prüfung erfolgen. Da treiben Sie den Leiter der Kämmerei zu dem mutigen Wutausbruch: Wenn Ihr uns doch nur ein einziges Mal, bitte nur ein einziges Mal glauben würdet...

Und zu dieser Buchhaltungsmentalität gehört auch Ihr **neoliberales Verständnis** von öffentlicher Verwaltung, öffentlichem Dienst und öffentlicher Hand überhaupt. Sie sind der Auffassung, dass eine Kommune wie ein Unternehmen zu führen ist. Und genau da trennen sich unsere Wege, aber grundlegend. Kommunen sind zunächst und zuallererst Ort der Selbstverwaltung, der originären Demokratie. Und dann sind sie die Orte, wo Menschen zuallererst Demokratie und Selbstbestimmung – und auch Selbstverwaltung – erleben können. Und die Kommunen haben in unserem Verständnis den Auftrag, für eine sozial gerechte und menschengerechte Daseinsvorsorge zu sorgen. Wir stehen für das öffentliche (!) Gut Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein. Und wir sind nicht der Auffassung, dass sich beides automatisch, quasi marktgerecht, einstellt.

Da Sie die Kommune ja nur wie ein Unternehmen betrachten, haben Sie ja auch eine so diebische Freude an diesem NKF und diesem **Wirtschaftsparadigma** (Produkte, Produktgruppe,...). Demnächst ist der Bürger auch kein Bürger mehr, sondern ein Kunde und ein Bürgeranliegen ist kein Bürgeranliegen mehr sondern

eine Bestellung. Und in diesem Bild ist es aus Ihrer Sicht nur konsequent, wenn Sie Personal nur unter dem Kostengesichtspunkt betrachten. Personal – gleich Kosten. Und die wirtschaftsliberale Theorie weiß: Ich muss die Kosten senken, wenn ich auf dem Markt bestehen will. Also – runter mit den Kosten und nach Möglichkeit noch weit über das hinaus, was die Verwaltung sich eh schon vorgenommen hat, denn: In der Verwaltung, ja, da ist noch viel Luft drin. Wer so das Personal sieht, der fordert natürlich weitaus härtere Einschnitte – auch diese natürlich alternativlos, weil sonst ja der Nothaushalt Einzug hält. Personalpolitik ist für Sie daher nur zweierlei: Spardose und Machtmittel. Denn wenn es um die Stärkung der CDU-Netzwerke in der Verwaltung geht, dann wird wieder konstruktive Personalpolitik betrieben; und die Grünen assistieren.

Sie beschneiden das **städtische Personal**, weit über die Belastungsgrenze hinaus. Sie werden damit Ihrer öffentlichen Verantwortung, auch als Arbeitgeber, nicht gerecht. Jedes „normale“ Unternehmen würde die Macht der Gewerkschaften spüren – bis hin zum Streik. Ich bin gespannt, wie die Personalvertretung und die Gewerkschaften in der Bonner Stadtverwaltung auf Ihren Kurs der Ignoranz antworten werden.

Interessanterweise sind wir uns in einem Punkt einig – wir stocken das Personal des **Mitarbeitersozialdienst** auf. Das ist die Stelle, die verstärkt zum Einsatz kommt, weil das Personal überlastet ist. Das ist eigentlich blanker Zynismus – wir stocken die Feuerwehr auf, weil wir am Brandschutz sparen. Wir müssen umsteuern. Wir müssen mehr für eine moderne Mitarbeiter- und Personalentwicklung tun. Wollen wir hier den Anschluss nicht verpassen, müssen wir insbesondere mehr Gelder für die Personalentwicklung ausgeben.

Sie provozieren aber noch weitere Folgen mit dieser kostensenkenden Buchhaltermentalität. Sie schwächen die Durchsetzung der **öffentlichen Interessen** (Verlust an Steuerungsfähigkeit). Viele Bebauungspläne sind doch mittlerweile mit heißer Nadel gestrickt. Und sie provozieren höhere Sachkosten. Wir haben in 2010 über 6 Mio € Kosten für externe Beratermandate gehabt. 4,7 Mio € WCCB, aber nahezu 2 Mio € für andere Aufgaben, mit wachsender Tendenz. Sie reden doch immer von dem Unternehmensvergleich – dann schauen Sie sich das doch dort mal an. Niedrigere Personalkosten und höhere Sachkosten korrespondieren. Der Steuerungsaufwand nimmt zu oder wird nicht mehr erbracht. Was diskutieren Unternehmen jetzt verstärkt? Die **Reintegration** ehemals outgesourcter Aufgabenbereiche. Das neoliberale Modell ist längst gescheitert – und Sie wollen das in unserer Stadtverwaltung erst so richtig durchsetzen.

Buchhaltung statt Politik – lassen Sie mich **weitere Beispiele** nennen. Seit Jahren diskutieren wir über das **Stadthaus**. Sie sind jetzt zufrieden – jetzt hat Ihnen die Verwaltung die Vorlage geliefert, die Sie haben wollten. Sie feiern bereits. Im Projektbeirat Stadthaus am Donnerstag musste die Verwaltung nicht nur die üblichen Unwägbarkeiten einräumen, sondern auch das Fehlen jeder strategischen Flächenpolitik. Wir geben, wenn ich es richtig sehe, über 5 Mio € jedes Jahr für die Anmietung von Flächen für kommunale Nutzungen aus. Dass wir im Stadthaus viel mehr Geld für Strom, Heizung und Wasser als in vergleichbaren Objekten ausgeben, sei nur am Rande erwähnt. Von diesen 5 Mio € fallen alleine über € 1 Mio an für die Unterbringung der Ämter, die den Bottlerplatz verlassen müssen und nun dauerhaft woanders untergebracht werden müssen, während das Haus der Bildung gebaut wird? Sie wollen mir das doch nicht als

verantwortliche Politik verkaufen? Das ist noch nicht einmal verantwortliche Buchhaltung. Das ist aber das, was Sie verantworten.

Zu der Notwendigkeit der strategischen, politischen Neuausrichtung gehört auch die konsequente Durchdringung und Umsetzung des **Präventionsparadigma**. Und das kostet zunächst mal Geld. Wenn wir in der Jugendhilfe, im Bildungsbereich, in der Stadtteilarbeit (Nachbarschaftszentren!) und nicht zuletzt in der Wohnungspolitik unsere Angebote konsequent hieran ausrichten, wird uns das zunächst mal viel Geld kosten; aber es gibt viele Hinweise darauf, dass am Ende viele öffentliche Gelder nachhaltig gespart werden können. Das wäre mal ein richtiger Ansatz zum Vergleich mit Unternehmen – nämlich rentierliche Investitionen zu finanzieren und nicht der stierende Blick auf Kolonnen von Rechnungsergebnissen im Mehrjahresvergleich.

Sie werden jetzt wieder mit der **Laier „Nothaushalt“ und RP** kommen. Da laufen doch keine Naturgesetze ab. Gerade der Präventionsansatz ist doch einer, den die neue Landesregierung fördert. Aber dafür muss man eben einen politischen und nicht nur einen Buchhalteransatz verfolgen, um das zu erkennen und auf den Weg bringen zu können – und dann auch dafür politisch zu streiten.

Panikattacken statt kühlem Kopf

Sie haben auch bei der PV den untauglichen Versuch unternommen, mit dem **Schreckensgespenst Nothaushalt** den Widerstand zu disziplinieren. Gerade dort machen Sie ja das, was Sie woanders auch gerne machen – Sie machen den Menschen Angst. Das alte Spiel – wer hat Angst vorm Schwarzen Mann? Ein altes Kinderspiel, bei Ihnen aber bittere Realität. Ihr Verhältnis zu Personal und Personalvertretung entspricht mehr dem Geist des patriarchalischen Manchesterkapitalismus als dem Geist moderner Mitbestimmung.

Besonders viel Erfolg mit dieser Angstmacherei haben Sie offenbar bei der Kämmererei bzw. dem **Kämmerer** gehabt. Denn das hat mich nachhaltig beeindruckt und geärgert – ein Kämmerer legt einen Haushalt vor, gibt sich hilflos bei der Abwehr eines Nothaushaltes und dann kommen ein paar Ehrenamtler daher und zeigen ihm wie es geht. Und der Widerspruch? Gleich Null. Herr Dr. Gilles, Herr Finger: Ich bin ja nicht der Auffassung, dass Sie mit Ihrem Ansatz richtig liegen. Aber eines haben Sie ganz sicher erreicht: Sie haben dem Kämmerer, der ja auch noch Stadtdirektor ist, eine Bankrotterklärung zur Unterschrift vorgelegt. Ich habe den Eindruck, die hat er unterschrieben.

Das passt zu Ihrem sonstigen Vorgehen gegenüber **Verwaltung und Apparat**. Misstrauen, Niederringen, Demotivieren, was Ihnen nicht nach der Pfeife tanzt. Ihnen kann ich da noch nicht mal einen Vorwurf machen – Sie tun das, was Sie können (Angstmacherei und Panikattacken). Aber dass in der Verwaltung sich soviel davon beeindruckt lassen, dass enttäuscht mich. Und dass Dr. Kregel deswegen unsere Stadt verlassen hat, sei nur am Rande erwähnt.

Zum kühlen Kopf gehört die **Verständigung auf eine kommunale Antwort** auf die Bedrohung der kommunalen Finanzen. Die aktuell laufende Debatte in der Bundesregierung um Steuersenkungen zeigt, wie bedroht der Weg der Sanierung der Kommunalfinanzen immer wieder ist. Wir müssen gemeinsam die Systemrelevanz der Kommunen deutlich machen. Die Kommunen dürfen nicht zum Reparaturbetrieb verkommen, der auch noch schlecht ausgestattet ist. Die neue

Landespolitik ist ein guter Ansatz, die Entlastung der Kommunen um die Kosten der Grundsicherung ist ein weiterer Ansatz, weitere Schritte müssen folgen. Wir müssen die Kommunen auch als attraktiven Ort erlebbarer Demokratie ausbauen. Die Krise der Kommunalfinanzen kann sich sonst sehr schnell zu einer Krise der Demokratie auswachsen. Starke Kommunen sind gut für die Demokratie. Leistungsfähige Kommunen sind auch gut für die Wirtschaft. Wir sind uns da doch eigentlich einig. Die jahrzehntelange Sparpolitik der Kommunen hat nicht nur deren Infrastruktur beschädigt, sondern der mittelständischen Wirtschaft auch milliardenschwere Nachfrage entzogen. Wie richtig dieser Zusammenhang doch ist, hat das Konjunkturpaket gezeigt: Viel Geld an die Kommunen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Wer noch eines Beweises dafür bedurft hat, dass Kommunen wissen, wofür sie ihr Geld ausgeben müssen und dass das im öffentlichen Interesse ist, konnte es in diesem Laboratorium K I und K II erleben.

Es ist doch nicht so, dass wir Spaß am Substanzverzehr hätten. Nur halten wir Ihre Politik – die ja gar keine ist – für falsch. **Sie treten auf glatter Fahrbahn voll in die Bremse.** Jeder Fahranfänger weiß, was dann passiert – sie geraten ins Schleudern, verlieren die Kontrolle und landen im besten Fall im Graben, im schlimmsten Fall gegen die Wand. Mit ihrer unreflektierten Vollbremsung, weil Ihnen der Mut und die Vision fehlt, unsere Stadt wirklich nach vorne zu bringen, die sie nur einleiten, weil Sie das Zusammenspiel zwischen Politik und der Verwaltung nicht verstanden haben, weil es Ihnen um reine Machtpolitik zur Beherrschung des Apparates geht; in dieser Situation nehmen Sie in Kauf, dass der Karren im Graben landet. Stillstand ist die Folge dort, wo die Stadt dringend einen neuen Aufbruch braucht. Zähle Trägheit dort, wo wir Dynamik brauchen.

Heute ist ein guter Tag. Sagen Dr. Gilles und Peter Finger. Wir retten Bonn vor dem Nothaushalt. Freude, schöner Götterfunken. Sie werden wieder Noten verteilen, uns Ignoranz vorwerfen und uns am liebsten in Ihrer Überheblichkeit des Raumes verweisen.

Sie werden sich Ende des Jahres hinstellen, und das Jahresergebnis – wenn es gut ist – als Ihren Erfolg darstellen; wenn es schlecht ist, ist es das Versagen des Kämmerers. Dann wird nicht mehr danach gefragt, dass der Kämmerer aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung über ein Dreivierteljahr schon einmal siebenstelligen Beträge eingespart hat, die er aber nie beziffert; dann wird nicht mehr danach gefragt, dass die anziehende Konjunktur zusätzliche Steuereinnahmen generiert – dann wird das alles als Erfolg schwarz-grüner Haushaltspolitik gefeiert.

Ich sage Ihnen – leben Sie das, was Sie immer predigen. Dialog und Transparenz. Und versuchen Sie es beim nächsten Mal vielleicht auch bei den Haushaltsberatungen. Und relativieren Sie Ihre Machtphantasien ein wenig.

Heute ist ein guter Tag - Denn heute gehen endlich die nach übereinstimmender Meinung vieler Akteure und Beobachter unsäglichsten Haushaltsberatungen zu Ende, die Bonn je erlebt hat. Sie werden nicht den städtischen Haushalt nachhaltig sanieren, sie geben Bonn keine Vision für die Zukunft, sie sind Ausdruck politischen Versagens. Sie führen zur nächsten Enttäuschung, stellen falsche Weichen. Wir gehen den Weg nicht mit und lehnen Ihren **visions- und mutlosen schwarz-grünen Haushalt** ab.